

Die Corona-Pandemie könnte den Lehrermangel in den Kantonen entschärfen – aber nur temporär **SEITE 12**

Die Schweiz übt seit Jahrzehnten für den Ernstfall – doch Konflikte im Krisenmanagement sind geblieben **SEITE 13**

«Vertrauen macht Politik effizienter»

Die Schweiz komme dank ihrem Sozialkapital bisher gut durch die Corona-Krise, sagt Politologe Markus Freitag

Herr Freitag, ein Wort ist derzeit allgegenwärtig: Solidarität. Das klingt irgendwie nach Sozialismus – stellt die Corona-Krise das liberale Selbstverständnis der Schweiz infrage?

Die Schweiz ist keine sozialistische Gesellschaft und wird es auch nicht werden. Es gibt hier aber viel soziales Kapital, das ist nicht dasselbe wie Sozialismus.

Sie beschäftigen sich in Ihrer Forschung mit dieser Form von Kapital, von dem die Schweiz viel hat. Was bedeutet das?

Salopp gesagt, schöpfen wir unser Kapital aus unseren Köpfen, Konten und Kooperationen. Neben den Geldwerten und dem Humankapital sind auch soziale Beziehungen eine Ressource. Der Einzelne kann sie sammeln und zum eigenen Nutzen gebrauchen. Etwa, um beruflich voranzukommen oder um in Notsituationen Hilfe zu erhalten. Doch auch auf gesellschaftlicher Ebene ist soziales Kapital von grossem Vorteil. Wenn sich die Menschen gegenseitig vertrauen und unterstützen, macht das die Wirtschaft und die Politik effizienter. Dies ist in der Schweiz der Fall. Länder mit viel Sozialkapital kommen besser durch Krisen wie nun die Corona-Pandemie.

Warum?

Die Schweiz funktioniert als Schicksalsgemeinschaft. Fast alle ziehen am gleichen Strang, um die Krise zu meistern. Junge gehen einkaufen für Senioren, die nicht aus dem Haus dürfen. Es gibt auch starke Anzeichen dafür, dass sich das Virus weniger ausbreiten konnte in Kantonen, wo es mehr Nachbarschaftshilfen gibt. Eine Zivilgesellschaft mit viel Sozialkapital hält sich auch besser an Regeln, die dem Wohl aller dienen. Nach unseren Erhebungen haben nahezu 90 Prozent der Bevölkerung die Ausgangs- und Versammlungsregelungen in den Hochzeiten der Krise befolgt. Da wirken Selbstdisziplinierung und die soziale Kontrolle.

Und deshalb brauchte es in der Schweiz keine harte Ausgangssperre wie etwa in Spanien?

Genau. Wo es viel Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten gibt, braucht es weniger staatliche Kontrolle. Dazu zeigen unsere Daten, dass die Bevölkerung weniger ängstlich oder nervös, sondern vielmehr wach, entschlossen und aufmerksam gewesen ist. All dies verhalf der Schweiz zu einem Mittelweg zwischen hartem Durchgreifen und weitgehendem Laissez-faire.

Für Laissez-faire steht vor allem Schweden. Der Historiker Lars Trägårdh hat einmal gesagt, jeder Schwede trage seinen eigenen Polizisten auf der Schulter mit sich. Schweden gilt als Paradiesland eines wohlfahrtsstaatlich ermöglichten und gemeinwohlverträglichen Individualismus. Die Eigenverantwortung – und die Angst vor Abhängigkeiten – dürfte die Schwedinnen und Schweden recht freiwilligen Befolgung der Anti-Corona-Massnahmen bewogen haben.

Der Epidemiologe Marcel Tanner sagte im Gespräch mit der NZZ, die Schweiz wäre für diesen Weg der Eigenverantwortung nicht parat gewesen, weil wir uns weniger für das Gemeinwohl interessierten. Ist es also doch nicht so weit her mit dem hiesigen Sozialkapital?

Verschiedene Daten zeigen, dass sich Schweizer und Schweden recht ähnlich sind, was den Hang zum Individualismus und das Interesse am Gemeinwohl angeht. Und hier wie dort gibt es eigenverantwortlich Handelnde und Gemeinwohlunverträgliche. Der Unterschied bei der Pandemiebewältigung liegt in der Tatsache, dass die Schweden



Die Fitnessstudios sind wieder offen, aber die Corona-Krise ist noch lange nicht vorbei.

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEYSTONE

im Vorteil waren, weil sie keinen Infektionsherd in der Nähe und damit mehr Zeit hatten.

Sind die Schweizer demnach auch reif für die eigenverantwortliche Variante?

Das werden die nächsten Monate der Lockerung zeigen. Nach den bisherigen Erfahrungen und meiner Kenntnis der Schweizer Volksseele lautet meine Prognose: Ja.

Bis anhin ist die Bevölkerung dem Bundesrat praktisch ohne Murren gefolgt. Warum?

Bevölkerungen scharen sich in Krisenzeiten um ihre Regierungen und suchen Schutz, zumindest anfänglich. Auch die Parteien und die Medien haben in der Schweiz sofort die Reihen geschlossen. Das hat dem Bundesrat auf der Grundlage neuer Gesetze geholfen, relativ rasch auf die Ereignisse zu reagieren – und damit auch den Vorwurf zu entkräften, eine Konkordanzregierung sei dazu strukturell gar nicht in der Lage.



Markus Freitag
Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern

Der Bundesrat profitiert auch davon, dass das Vertrauen der Bevölkerung im internationalen Vergleich ohnehin schon sehr hoch ist.

Ja. Dieser Umstand ist zurückzuführen auf den Wohlstand, das Bildungssystem, das Lebenschancen ermöglicht, und die breitgefächerten Möglichkeiten zur politischen Mitsprache.

Politische Beobachter haben allerdings Bedenken, dass die Vollmachten des Notrechtsregimes für den Bundesrat verführerisch sind.

Ich habe insbesondere zu Krisenbeginn Demut bei den Bundesräten wahrgenommen. Auch ein Alain Berset verstand sich als Teil des Kollektivs und inszenierte sich nicht als Sonnenkönig. Deshalb teile ich diese Bedenken nicht.

Mein Eindruck ist vielmehr: Da die Regierung das Regieren per Notrecht nicht gewohnt war, hat sie sich auch nicht unbedingt wohl gefühlt. Vielleicht auch, weil die Verantwortung nicht im Dickicht von Vetomächten verschleiert werden kann.

Die Reihen sind jetzt nicht mehr geschlossen: Mit der Frage, wann und wie der Lockdown gelockert werden soll, setzen die parteipolitischen Kämpfe wieder ein.

Das ist der typische Ablauf einer Krise. Während sich die Schicksalsgemeinschaft in der akuten Phase zusammenschließt, treten die Ideologien in den Hintergrund. Sobald Licht am Ende des Tunnels sichtbar wird, geht der Wettbewerb der Weltanschauungen wieder los. Wir können das mit dem Phänomen der «relativen Deprivation» erklären: Nicht nur negative, sondern auch positive Entwicklungen lassen bei Menschen vermehrt den Gedanken aufkommen, dass sie im Gegensatz zu anderen zu kurz kommen – und deshalb rebellieren sie.

Der Bundesrat muss also mit zunehmender Kritik rechnen?

Auch bei Regierungen ist der Ruhm vergänglich. Verfängt das weitere Krisenmanagement nicht, wird die Schicksalsgemeinschaft schnell zur Vorwurfsgesellschaft. In der Finanzkrise ab 2007 ging das Vertrauen in die Regierungen, das anfänglich noch gross war, sukzessive zurück. Ähnliches liess sich bei der Spanischen Grippe vor rund hundert Jahren beobachten. Weil Politik und Medien in den USA die Seuche vielerorts verharmlosten, schwand das Vertrauen in die massgeblichen Akteure des Landes massiv. Allerdings gilt auch: Gesellschaften mit hohem Sozialkapital sind eher bereit, Fehler der Regierenden zu tolerieren.

Der soziale Kitt wird bröckeln, falls eine tiefe Rezession kommt – und viele Menschen die negativen Folgen der Pandemiebewältigung direkt zu spüren bekommen.

Die gesundheitliche Krise ist lange nicht bei allen angekommen. Gerade in der Deutschschweiz kennen laut unserer Befragung über 60 Prozent niemanden, der infiziert ist oder war. Im Tessin trifft dies nur auf rund einen Fünftel zu. Die wirtschaftliche Krise hingegen wird, falls

sich die düsteren Prognosen bewahrheiten, viel mehr Menschen treffen. Dann gehen Gräben auf. Auch das freiwillige Engagement könnte leiden.

Das wäre eine schlechte Entwicklung für die Vereine. Sie schreiben, Vereine seien wichtige Produzenten von Sozialkapital. Es ist gut möglich, dass Menschen in einer Rezession ihre Ressourcen nicht mehr in das Vereinsleben investieren. Sie haben genug zu tun mit der schwierigen ökonomischen Situation. Hierzu existiert ein Klassiker der empirischen Sozialforschung aus den 1930er Jahren: die Studie über die Arbeitslosen von Marienthal, einer Arbeitersiedlung bei Wien. In der damaligen Weltwirtschaftskrise engagierten sich die gebeutelten Menschen vor allem in jenen Organisationen, die ihnen persönliche Vorteile brachten. Die Vereinsmitgliedschaft veränderte sich von einer Gesinnungssache zu einer Interessensangelegenheit.

Das Vereinsleben ist bereits seit Wochen eingefroren.

Wegen des Gebots des Physical Distancing und der Angst vor Ansteckungen werden die meisten Vereine noch monatelang nicht zur Normalität übergehen können. Das könnte zu einem Aderlass führen. Nach der Krise könnte ein hedonistisch inspirierter Nachholeffekt dem Vereinsleben zusätzlich zu schaffen machen, weil manche Leute erst einmal genug von Regelmässigkeiten und Verpflichtungen haben. Damit würde sich die Entwicklung der letzten 30, 40 Jahre akzentuieren, dass die Beteiligung in Vereinen und im Milizwesen zurückgeht.

Ist das schlimm?

Die Sozialkapitaltheorie misst den Vereinen eine wichtige Rolle zu. Sie gelten als Schulen der Demokratie, wo der Vereinsmeier zum Staatsbürger wird. Ein Rückgang des Vereinsengagements setzt der Demokratie zu. Aber es gibt auch neue Formen der Beteiligung, die sich stärker an zeitlich befristeten Projekten orientieren und als «Event-Engagement» durchgehen. Das Eidgenössische Schwingfest kann sich beispielsweise jeweils kaum vor Freiwilligen retten. Derlei Aktivitäten werden auch in Zukunft auf die Solidarität der Bevölkerung zählen können.

Interview: Simon Hehli

Hat der Sozialausbau ein Ablaufdatum?

Der Bundesrat soll Sozialleistungen bald wieder reduzieren

FABIAN SCHÄFER

In der Corona-Krise hat der Bundesrat die Sozialleistungen stark und schnell erhöht. Er tat dies in eigener Kompetenz auf der Basis von Notrecht. Der Ausbau greift bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, zudem wurde ein neuer Erwerbsersatz eingeführt, der vor allem Selbständigen zugutekommt. Vom Ausbau profitieren Tausende von Firmen und Personen. Die Kosten wird voraussichtlich der Bund allein tragen, die Ausgaben bewegen sich in Milliardenhöhe. Letztlich kommt die Allgemeinheit dafür auf, in Form neuer Schulden.

Wann und wie wird die Politik den Sozialausbau wieder rückgängig machen? Diese Frage wirft Avenir Suisse in einer neuen Studie auf. Die Denkfabrik der Wirtschaft rät, die neuen Leistungen parallel zu den Lockerungen schrittweise und zügig wieder aufzuheben. «Je länger die Sondermassnahmen gelten, desto schwieriger wird es politisch sein, auf das süsse Gift der staatlichen Unterstützung zu verzichten.» Eine rasche Rückabwicklung sei zwingend, weil die Finanzierung langfristig nicht gesichert sei.

Am Samstag ist Schluss

Erste Entscheide hat der Bundesrat bereits gefällt. Sie lassen annehmen, dass man auch in Bern nicht unnötig lange warten will. Konkret ging es dabei um den Erwerbsersatz für Selbständige, die direkt oder indirekt von Betriebserschliessungen betroffen waren. Sofern sie ihre Geschäfte bei den ersten beiden Lockerungsschritten am 27. April oder 11. Mai wiederöffnen durften, endet ihr Anspruch auf Staatshilfe am Samstag, 16. Mai. Selbständige mit Geschäften, die geschlossen bleiben – etwa wegen des Veranstaltungsverbots –, erhalten den Erwerbsersatz weiterhin. Dies gilt auch für Personen in Quarantäne.

Offen ist hingegen, wie es bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) weitergeht. Hier fallen die grössten Kosten an, der Bund schätzt die Ausgaben auf 5 bis 7 Milliarden Franken im Monat. Der Leistungsausbau in der ALV ist zurzeit befristet bis Ende August, weil es sich dabei um Notrecht handelt. Im Juni will der Bundesrat aufzeigen, welche Teile seiner Notverordnungen er in ordentliches Recht überführen will. Dabei dürfte die ALV eine wichtige Rolle spielen. Der Ausbau besteht hier aus zwei Teilen: Erstens haben zusätzliche Gruppen Zugang zur Kurzarbeit erhalten, etwa temporär Angestellte oder Ehegatten von Arbeitgebern. Zweitens wurde die Bezugsdauer verlängert, nicht nur bei Kurzarbeit, sondern auch für Arbeitslose. Sie können 120 zusätzliche Tagelöhner beziehen, weil es zurzeit enorm schwierig ist, eine Stelle zu finden. Wie lange dies gilt, soll das Parlament im September entscheiden.

Schuldenabbau in 15 Jahren

Avenir Suisse fordert bis spätestens Mitte September die Rückkehr zum Leistungsniveau von vor der Krise. Falls einzelne Sektoren langfristig eingeschränkt bleiben, seien für diese separate Härtefallregelungen nötig. Besonders kritisch beurteilen die Autoren die Verbesserungen zugunsten von Selbständigen. Die Studie erinnert auch daran, dass all diese Ausgaben in den Konsum fliessen. Aufgrund der Generationengerechtigkeit sei es falsch, die Nachkommen damit zu belasten. Die Schuldenlast aus dieser Krise solle innert 15 Jahren abgebaut werden. Das Ziel ist sportlich: 2020 dürfte der Bund neue Schulden von 30 bis 50 Milliarden Franken machen.